

Heiners zwölfter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus

Sommersession, 6. – 23. Juni 2006

Die Sommersession 2006 gehört schon seit einigen Wochen der Vergangenheit an. Da ich die Gelegenheit hatte, vom **1. bis 7. Juli 2006 als Wahlbeobachter bei den Parlamentwahlen in Mazedonien** zu wirken, war es mir nicht möglich, diesen Bericht vorher zu schreiben.

Finanzhilfe für familienergänzende Kinderbetreuung

Namens der EVP-Nationalräte unterstützte ich am 7.6.2006 die zweite Tranche der Finanzhilfe für die familienergänzende Kinderbetreuung in der Höhe von 200 Mio. Franken. „Heiner Studer (evp, Aargau) stellt fest, dass jetzt wieder eine Grundsatzdebatte losgetreten wird, obwohl es bloss um die Verlängerung eines Impulsprogramms geht. Wir sind der Meinung, dass wir den Familien eine Wahlmöglichkeit bieten sollten“ (NZZ).

Euro 2008. Beiträge und Leistungen des Bundes

Am 12.6.2006 ging es darum, ob der Nationalrat im Gegensatz zum Ständerat an seinem Beschluss festhält, den Austragungskantonen und –Städten zusätzlich 10,5 Mio. Franken zur Verfügung zu stellen. „Heiner Studer (evp, Aargau) ist der Meinung, dass es bei dieser Frage nicht darum geht, ob man die Euro 08 aus voller Überzeugung unterstützt oder nicht. Der Redner selbst unterstützt den Anlass sehr. Das bedeutet aber nicht, dass der Bund einfach als Finanzierungsquelle herangezogen werden soll. Die Lösung des Bundesrates überzeugt in dieser Hinsicht mehr. Es gibt keinen Grund, im Bereich Sicherheit von den bestehenden Zuständigkeiten abzurücken“ (NZZ). Der Nationalrat blieb bei seiner Entscheidung, der Ständerat hielt weiterhin fest, weshalb sich der Nationalrat am 21.6.2006 nochmals damit zu befassen hatte. Als Sprecher der Minderheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, welche auch für den Sport zuständig ist, hielt ich u.a. fest, dass es nicht richtig ist, wenn der Bund Kosten übernimmt, welche im Aufgabenbereich der Kantone liegen. Um dem „Penaltyschiessen“ zwischen National- und Ständerat ein Ende zu bereiten, schloss sich der Ständerat am Tag darauf (aus meiner Sicht leider) dem Nationalrat an und bewilligte die zusätzlichen Millionen. Die übrigen 72 Mio. Franken an die Euro 08 waren schon vorher unbestritten.

Nacht- und Sonntagsarbeit für 18 bis 20-Jährige wird leider Tatsache

Mit einer Teilrevision des Arbeitsgesetzes beschloss der Nationalrat, dass künftig statt mit 20 bereits mit 18 Jahren Sonntagsarbeit möglich wird. Ich engagierte mich namens der EVP gegen diese Änderung. Leider hatte auch der Kompromiss, das Schutzalter nur für diejenigen zu senken, die sich in diesem Alter nicht (mehr) in der Ausbildung befinden, keine Chance.

Neues Bundesgesetz über die Biersteuer

Diese Vorlage gehörte – obwohl wir in der zuständigen Kommission nicht vertreten sind – zu meinen Kernthemen der Sommersession. Ich engagierte mich in der Debatte mit verschiedenen Voten im Namen unserer ganzen Fraktion am 21.6.2006 erfolglos für eine Rückweisung, um neben dem Schnaps und dem Bier alle alkoholhaltigen Getränke der Besteuerung zu unterstellen, ebenso vergeblich für höhere Steuersätze und für einen Jugendschutz.

Doris Leuthard als neue Bundesrätin gewählt

Es ist nicht üblich, dass in der Sommerhitze Mitglieder des Bundesrates gewählt werden. Die Gesamterneuerungswahlen finden jeweils im Dezember statt. Rücktritte im Sommer sind mir keine bekannt. Bundesratswahlen finden immer am zweiten Mittwoch einer Session statt. Am zweiten Mittwoch der Sommersession ist auch der Tag der **Fraktionsausflüge**. Somit fand die Ersatzwahl am Tag der Fraktionsausflüge statt. Die EVP/EDU-Fraktion reiste in den Kanton Obwalden, mit Besuch des Bruder Klaus Museums. Wir nahmen

die Bundeshausbeterin Maria Wyss und die Bundeshausbeter Jean-Claude Chabloz und Beat Christen auf diese Reise mit.

Als Fraktion stellten wir klar, dass wir eine valable Zweierkandidatur fordern. Wir EVP-Nationalräte wählten Doris Leuthard. Ich war von 1973 – 77 mit Leonz Leuthard, Vater von Doris, im Grosse Rat. Da ich im Jahre 1997 Alterspräsident (amtsältester Grossrat) im Aargau war, konnte ich damals Doris als Grossrätin in Pflicht nehmen. Ich kenne die neue Bundesrätin, aber auch ihren Ehemann Roland Hausin recht gut. Ich bin zuversichtlich, dass unsere neue Bundesrätin seriöse Arbeit leisten wird.

Bundesrat Joseph Deiss verabschiedete sich Ende Juli bei vielen auf schriftliche Weise. Bei meinem Schreiben fügte er handschriftlich bei: „In Freundschaft und Dankbarkeit Joseph“. Wir hatten eine sehr gute Zusammenarbeit und bleiben uns freundschaftlich verbunden.

Dem Tatbeweis einen Schritt näher

Der Ständerat befasst sich in der Sommersession u.a. mit meiner Motion betreffend Einführung des Tatbeweises beim Zivildienst. Jede Motion muss von beiden Räten überwiesen werden, damit sie für den Bundesrat zum Auftrag wird. Der Ständerat ergänzte – was sein Recht ist – meinen Text. Doch das Kernanliegen des Tatbeweises ist sichergestellt. Wenn der Nationalrat in der Herbstsession meiner vom Ständerat angepassten Motion zustimmt, womit zu rechnen ist, wird der Bundesrat eine Gesetzesänderung vorschlagen müssen.

Vision für die Schweiz – Was heisst gerecht wirtschaften?

Einmal jährlich führt die Parlamentarische Gruppe Vision für die Schweiz eine Veranstaltung mit Mittagessen statt. Ich bin als Vizepräsident der Gruppe bei der Planung und Durchführung aktiv mit dabei. Als Hauptreferenten hatten wir Staatssekretär Jean-Daniel Gerber eingeladen. Er sprach kompetent, basierend auf seinem christlichen Glauben. Christof Fankhauser umrahmte den Anlass als Pianist auf ideale Weise.

Parlamotion und 40 Jahre Parlamentarische Gruppe Sport

Bereits zum fünftenmal wurde am Donnerstag der dritten Sessionswoche der Sommersession die sogenannte Parlamotion durchgeführt. Viele Ratsmitglieder bewegten sich am Morgen früh als Jogger, Walker oder Inlineskater. Da war ich als Jogger gerne wieder dabei. In der Sommersession wurde das Jubiläum 40 Jahre Parlamentarische Gruppe Sport gefeiert; ich gehöre dem Vorstand an.

Parlamentarische Vorstösse.

Am 6.12.2005 reichte ich eine Motion betreffend Griffige Gesetzesbestimmungen für das Halten von Hunden ein. Am 24.5.2006 lehnte der Bundesrat meine Motion ab (siehe Anhang).

Meine am 20.3.2006 eingereichte Anfrage betreffend Christ droht in Afghanistan die Todesstrafe wurde vom Bundesrat am 17.5.2006 beantwortet. Ich stelle fest, dass der Bund solche Ereignisse ernst nimmt und handelt.

Meine Anfrage vom 23.3.2006 betreffend Beteiligung des EJPD (Eidg. Justiz- und Polizeidepartement) an den Kohäsionszahlungen wurde vom Bundesrat am 16.6.2006 beantwortet. Obwohl unser Land aufgrund des Schengen/Dublin-Abkommens ab dem Jahre 2008 mit rund 80 Mio. weniger Mehrausgaben rechnen können, ist der Bundesrat leider nicht bereit, dass beim EJPD eine teilweise Kompensation der Kohäsionszahlungen an die neuen EU-Länder wird erfolgen müssen. Über das Osthilfegesetz werden wir am 26. November 2006 eine Volksabstimmung haben (Referendum).

Anfrage vom 23.6.2006 betreffend Urlaub für ausserschulische Jugendarbeit. Aufgrund der Anregung eines jungen Freundes, der aktiv in der Jugendarbeit ist, frage ich den Bundesrat an, ob er bereit ist, eine Gesetzesänderung zu unterbreiten, um die Alterslimite für den unbezahlten Urlaub für ausserschulische Jugendarbeit ganz oder teilweise aufzuheben.

Herbstsession, 18. September bis 6. Oktober 2006 in Fleim/Flims. Weil das Bundeshaus renoviert wird, werden wir im rätoromanischen Gebiet tagen. Auch da können wir besucht werden. Die **Wintersession** wird im Bundeshaus in Bern vom **4. bis 21. Dezember 2006** stattfinden.

Mit herzlichen Grüssen

Heiner

Heiner Studer, Austr. 17, 5430 Wettingen, Tel. 056 426 50 55
heinerstuder@hotmail.com, heiner.studer@parl.ch
Nationalrat: Tel. 031 322 99 11, Fax 031 322 78 04 (während den Sessionen)

Ein Dritteljahrhundert in gewählten politischen Ämtern

Am 7.7.2006 stand in der Aargauer Zeitung und in der übrigen Mittelland-Zeitung zu lesen:

„Manche Politikerinnen und Politiker gemahnen an Sternschnuppen. Sie tauchen auf und verschwinden wieder. Andere bleiben im Geschäft. Zu letzteren zählt Nationalrat **Heiner Studer** (EVP/AG). Er feiert Ende Juli ein Dritteljahrhundert (33 Jahre und vier Monate) Tätigkeit in politischen Ämtern. Er startete 1973 im Grossrat, war Einwohnerrat, ist seit 1986 Gemeinderat in Wettingen und seit 1999 Nationalrat. Der 57-Jährige – derzeit als Wahlbeobachter in Mazedonien – hat noch lange nicht genug. Er will 40 Jahre aktiv Politik betreiben. (MKU)

@-Mail der Woche in der NZZ am Sonntag

In der NZZ am Sonntag vom 13.8.2006 ist folgendes „@mail-Mail der Woche“ abgedruckt:

Grüezi Herr Studer

SVP-Präsident Ueli Maurer wird am Dienstag im Hotel Kreuz zu Bern ein Grundsatzpapier seiner Partei mit dem schönen Titel „Zehn Gebote für einen gesunden Staatshaushalt“ vorstellen. Als Nationalrat der Evangelischen Volkspartei muss sie der Maurer'sche Rückgriff auf die biblische Geschichte beschäftigen. Gehen wir recht in der Annahme, dass Sie für Ueli Moses bereits ein Plätzchen in Ihrer Fraktion freihalten?

Liebe NZZ am Sonntag

Sollte Ueli Maurer die Zehn Gebote wie Moses auf dem Sinai von Gott erhalten haben, würden diese vermutlich „Schuldenabbau, nicht Steuersenkungen“, „ökologische Steuerreform realisieren“, „Schaffung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer“ und ähnlich lauten. Nachdem die neuen „Zehn Gebote“ eher Uelis Wunschdenken entsprechen, ist es sinnvoll, den freien Platz in unserer Fraktion bis zu den Wahlen vakant zu lassen.

Einen gesegneten Sonntag unter Gottes Wort wünscht

Heiner Studer

„Die einflussreichsten Politiker im Bundeshaus“

Unter diesem Titel veröffentlichte die Sonntags-Zeitung am 9.7.2006 ihr aktuelles Rating. Massgeblich für die Berechnung sind Mitgliedschaft in Kommissionen, Stellung innerhalb der Partei, Aspekte der parlamentarischen Tätigkeit, Gewicht der Voten, Medienpräsenz usw. Bei diesem Rating kam ich auf Platz 28 aller 246 Ratsmitglieder (Nationalrat und Ständerat); damit bin ich auf Platz 3, was den Kanton Aargau betrifft.. Ruedi Aeschbacher ist auf Platz 62 und Walter Donzé auf Platz 72.

Wir beißen nicht, doch bellen wir

Mein Votum als Sprecher der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur am 15.6.2006 im Nationalrat

Man wird sich fragen: Weshalb wieder eine Abstimmung über diese Hundeproblematik? Das hat mit den eigenen Regelungen des Parlamentes zu tun. Auch wenn in beiden Räten parallel eine gleichlautende Motion eingereicht wird, genügt es nicht, dass beide Räte je ihrer Motion zustimmen; sondern es ist der politische Wille dieser beiden Kammern, dass über jede Motion, die von einem Rat angenommen wird – auch bei gleichlautenden –, auch der andere Rat nochmals entscheiden muss. Nun könnte man vielleicht sagen: Ja, das ist eine Formsache, stimmen wir schnell ab. Dann hätten wir beantragt, das als Geschäft in der Kategorie V zu behandeln. Aber das geht so nicht, und zwar deshalb, weil diese Motion zwar im Ständerat nur bei wenigen Gegenstimmen am 15. März angenommen worden ist – so wie auch unsere Motion hier im Nationalrat deutlich angenommen worden ist –, aber der Bundesrat eben diesen Auftrag durch die beiden Motionen der Räte nur punktuell wahrgenommen hat. Das heisst also: Es ist nun sehr wichtig, dass wir jetzt eben die gleichlautende ständerätliche Motion annehmen und damit dem Bundesrat gegenüber klar zum Ausdruck bringen, dass wir nicht einverstanden sind, dass er zwar gewisse Regelungen beschlossen hat, aber nicht bereit war – obwohl der grosse Teil der Kantone das vom Bund erwartet –, die Federführung zu übernehmen und vor allem wirkungsvolle präventive Massnahmen zu unterbreiten. Also aus diesem Grund beantragen wir Ihnen, diese Motion anzunehmen, um eben diese Erwartungen auszudrücken.

Wir Kommissionsmitglieder der WBK beißen nicht, wir sind also nicht gefährlich. Man könnte uns nicht als gefährliche Hunde einsetzen. Aber was wir sind: Wir sind solche, die bellen. Wir bellen nicht aus Wut heraus, wir bellen nicht deshalb, damit man uns irgendwie hört oder sich ärgert, sondern wir bellen den Bundesrat an, in dem Sinne, dass er endlich Respekt vor unserem deutlichen Zum-Ausdruck-Bringen unserer Emotionen spürt. Wir wissen, dass ja nicht Bundesrat Deiss, der dieses Dossier in seinem Departement hat, das Problem ist. Wenn er uns hört, dann versteht er uns; sein erster Verordnungsentwurf entsprach ja dem. Aber wir erwarten einerseits, dass dies an das Mitglied des Bundesrates weitergeht, das seine Nachfolge im Departement übernimmt – das wissen wir dann morgen –, und dass andererseits vor allem die Mehrheit des Bundesrates endlich dem Willen unseres Parlamentes Nachachtung verschafft. Deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie eine deutliche Annahme der Motion des Ständerates beschliessen.

Nationalrat und Ständerat überwiesen in der Sommersession die jeweils gleichlautende Motion des anderen Rates sehr deutlich.

Pendent ist eine Parlamentarische Initiative von Pierre Kohler (CVP), welche ein Kampfhundeverbot will. Die WBK Nationalrat stimmte diesem Begehren im Sinne des Handlungsbedarfes zu. Ich werde diesen Vorstoss als Vertreter der WBK Nationalrat am 28. August 2006 in der WBK Ständerat vertreten. Dies ist der Ablauf aufgrund unserer Parlamentsbestimmungen. Zudem ist meine vorstehend erwähnte Motion auch pendent.